




REINEMUND: SPD und Grüne zeigen ihr kommunalfeindliches Gesicht im Bundesrat

REINEMUND: SPD und Grüne zeigen ihr kommunalfeindliches Gesicht im Bundesrat
->BERLIN. Zur Ablehnung der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung im Vermittlungsausschuss erklärt die kommunalpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages Birgit REINEMUND: Unbegreiflich, dass die Opposition im Vermittlungsausschuss die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung zu Fall gebracht hat. Dieses effektive Investitions- und Konjunkturprogramm für Handwerk, Handel und Arbeitsplätze zudem den Ländern und vor allem den Kommunen Zusatzeinnahmen bei Einkommens-, Umsatz- und Gewerbesteuer gesichert - genau richtig in der sich abschwächenden Konjunkturlage. Die positiven Wirkungen dieser steuerlichen Förderung sind bekannt und anerkannt: Jeder Fördereuro im Baubereich zieht rund 12 Euro an Investitionen nach sich. Das erhöht ganz direkt die Steuereinnahmen der Kommunen, sichert Arbeitsplätze und vermindert dadurch die kommunalen Sozialkosten. Diese Chance ist nun verpasst durch die Totalblockade der SPD-geführten Länder. KfW-Programme sind kein adäquater Ersatz, da sie eine andere Zielgruppe erreichen werden. Während die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung direkt den Eigenheimbesitzern zu Gute gekommen wäre, werden KfW-Programme zu über 80 Prozent von der Immobilienwirtschaft abgerufen. Über alle Parteigrenzen hinweg wurde die Energiewende beschlossen und als Gemeinschaftsaufgabe erkannt, Rot-Grün verhindert hier einen wichtigen Schritt zur Energieeinsparung vor Ort. FDP im Deutschen Bundestag
->Platz der Republik
->11011 Berlin
->Deutschland
->Telefon: 030-227-52378
->Telefax: 030-227-56143
->Mail: pressestelle@fdp-bundestag.de
->URL: <http://www.fdp-fraktion.de/> 

Pressekontakt

FDP-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

fdp-fraktion.de/
pressestelle@fdp-bundestag.de

Firmenkontakt

FDP-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

fdp-fraktion.de/
pressestelle@fdp-bundestag.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.